

Stans, 03. Dezember 2025
Medienmitteilung

FDP.Die Liberalen Nidwalden unterstützt gezielte Wirtschaftsförderung – aber mit klaren Regeln!

Die FDP.Die Liberalen Nidwalden hat zur Teilrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes Stellung genommen. Grundsätzlich unterstützt die Partei den Vorschlag: Das zusätzliche Geld aus der OECD-Mindeststeuer soll gezielt eingesetzt werden – für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nidwalden, für Forschung und Entwicklung sowie für ökologische Projekte. Wichtig ist der FDP aber, dass es klare Regeln, begrenzte Mittel und keinen Ausbau des Staats gibt.

OECD-Mindeststeuer: Neue Chance für Nidwalden

Durch die OECD-Mindeststeuer verliert Nidwalden einen Teil seines bisherigen Steuervorteils. Deshalb findet die FDP es wichtig, dass der Kanton aktiv wird. Die neuen Förderprogramme gehen aus ihrer Sicht in die richtige Richtung:

- Unterstützung für Forschung und Entwicklung in Nidwaldner Firmen
- Förderung von freiwilligen ökologischen Massnahmen
- Fokus auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Kanton

Das zusätzliche Geld soll nicht einfach verteilt, sondern gezielt investiert werden, damit Nidwalden langfristig wettbewerbsfähig bleibt.

René Schuler, Landrat aus Stansstad, sagt dazu: *«Wir wollen keinen Subventionsstaat, sondern einen attraktiven, innovativen und ökologisch verantwortungsvollen Wirtschaftsstandort. Die Programme schaffen Anreize, statt künstlich Strukturen zu erhalten.»*

Klare Kriterien und regelmässige Kontrolle

Die FDP findet es richtig, dass nur Unternehmen unterstützt werden, die wirklich im Kanton verankert sind – mit Sitz, Steuerpflicht, Arbeitsplätzen und Projekten vor Ort. Ausserdem lobt sie:

- Begrenzte finanzielle Mittel
- Klare und transparente Kriterien
- Digitale Gesuchsverfahren, die Unternehmen und Verwaltung entlasten

Wichtig ist der FDP, dass die Programme regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst oder gestrichen werden.

Schuler betont: *«Jeder Förderfranken muss Innovation, Produktivität oder CO₂-Reduktion deutlich voranbringen. Wir erwarten eine konsequente Wirkungskontrolle und den Mut, unwirksame Massnahmen zu streichen.»*

Bestehende gesetzliche Grundlagen sollen bleiben

Die FDP lehnt es ab, bestehende Bestimmungen aus dem Gesetz zu streichen – zum Beispiel zur Beratung von Unternehmen oder zur Vermittlung von Investoren. Diese Grundlagen sollten aus ihrer Sicht bestehen bleiben, weil sie dem Kanton Handlungsspielraum geben, ohne den Markt zu stark zu beeinflussen.

So bleibt die Rolle zwischen Staat und Privatwirtschaft klar verteilt und die Standortpolitik transparent.

Fazit der FDP-Nidwalden

- Die vorgeschlagenen Programme sind eine gute Antwort auf die neuen internationalen Bedingungen.
- Wirtschaftsförderung soll zielgerichtet, transparent und zeitlich begrenzt sein.
- Wichtig bleiben unternehmerische Freiheit, Innovation und Eigenverantwortung – nicht mehr Subventionen.

Die FDP will sich im weiteren politischen Prozess dafür einsetzen, dass die Vorlagen klar liberal bleiben und Nidwalden als kleiner, offener und industrieller Kanton langfristig attraktiv bleibt.

Kontakt:

- › René Schuler, Landrat FDP.Die Liberalen Stansstad, 076 376 96 62
- › Florian Grendelmeier, Fraktionschef FDP.Die Liberalen Stans, 078 751 94 08
- › Dominik Steiner, Medienverantwortlicher FDP.Die Liberalen Nidwalden, 079 385 05 07